

Forum Nachhaltigkeit 13. Juni 2017 im Bundeskanzleramt

- Kurzdarstellungen teilnehmender Institutionen/Organisationen -

Arbeiterwohlfahrt – AWO

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege beobachtet die Arbeiterwohlfahrt mit großer Sorge die zunehmende Kinderarmut und die perspektivisch weiter steigende Altersarmut in Deutschland. Diese Entwicklung steht der Agenda 2030 (SDG 1) entgegen.

Als Trägerin von vielen tausend Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit sieht sich die AWO auch in der Pflicht, aktiv zur Erreichung der vereinbarten Klimaschutzziele beizutragen. Einige AWO-Verbände setzen bereits konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz in ihren Häusern um (SDG 7 und 13). Globale Auswirkungen aktueller Konsum- und Lebensstile sowie das Bewusstsein für Klima- und Ressourcenschutz sollen fester Bestandteil der pädagogischen Einrichtungen und Diensten der AWO - insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit - werden (SDG 12). Durch ihre tägliche Arbeit stellt die AWO eine wichtige Schnittstelle in die Gesellschaft dar und setzt sich dafür ein, dass nachhaltige Lebensstile für alle Einkommensgruppen ermöglicht werden müssen (SDG 10). Unser Fachverband AWO International beteiligt sich darüber hinaus innerhalb eines breiten Bündnisses, die Umsetzung der Entwicklungsziele in Europa und Deutschland zu begleiten und Menschen inner- und außerhalb des Verbandes auf die nachhaltigen Entwicklungsziele aufmerksam zu machen (SDG 17).

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V. – AGF

Bedeutung einer Nachhaltigen Entwicklung aus Sicht der Familienorganisationen

Verantwortungsbewusstsein für die nächste(n) Generation(en) liegt bei Familien auf der Hand und wird unmittelbar gelebt: Eltern sorgen für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel, umgekehrt tragen Kinder für ihre älter werdenden Eltern Sorge. Auch lernen Kinder in Familien bereits frühzeitig, Verantwortung für andere Kinder der gleichen Generationen zu übernehmen.

Familien können mit ihrem Verhalten wichtige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung leisten, sie sind umgekehrt jedoch auch häufig am Ende der Kette diejenigen, auf die Entwicklungen wirken. Dabei spiegeln sich jeweils die einer Nachhaltigkeitsstrategie natürlicherweise inne liegenden Dilemmata und Fragen nach Prioritäten wider. Familien streben danach, solche Zielkonflikte aufzulösen und sind dabei auf entsprechende Unterstützung und Rahmenbedingungen angewiesen. Die Familienorganisationen unterstützen die Familien dabei und arbeiten an der Erstellung der maßgeblichen Rahmenbedingungen mit.

Insofern gibt es zahlreiche SDG, die Wirkung auf Familien haben oder für die sie Wirkung entfalten können: SDG 1, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 16. Die AGF arbeitet national und in den Europäischen Netzwerken insbesondere in Hinblick auf die SDS 1, 4, 5, 11 und 12.

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände – AGDW

Als Interessenvertretung der zwei Millionen privaten und kommunalen Waldeigentümer in Deutschland hat für die AGDW – Die Waldeigentümer natürlich vor allem das Nachhaltigkeitsziel 15 der Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einen hohen Stellenwert. So unterstreicht insbesondere das Unterziel 15.2 die Bedeutung u. a. der nachhaltigen Bewirtschaftung aller Waldtypen für eine nachhaltige Entwicklung! Dies greift die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf und verlangt, dass unser Planet durch „die nachhaltige Bewirtschaftung seiner Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel“ geschützt werden muss! Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung hebt zudem die Bedeutung gerade nachhaltig genutzter Wälder für den Klimaschutz hervor.

Wir sehen es daher als äußerst wichtig an, dass in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auch ein Indikator für den Bereich *Wälder nachhaltig bewirtschaften* aufgenommen wird; nicht zuletzt aus Gründen der globalen Verantwortung!

Bischöfliches Hilfswerk - Misereor

MISEREOR hat sich seit seiner Gründung 1958 zum heute weltweit größten Entwicklungshilfswerk der katholischen Kirche entwickelt. Aus der Perspektive MISEREORs und somit aus dem Blickwinkel der Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit kann nur ein ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig gestaltetes Modell unser gemeinsames Überleben auf diesem Planeten garantieren. Die Agenda 2030 und die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele sind für unsere Zukunft entscheidende Lösungsansätze und wichtige Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaften. MISEREOR begrüßt, dass die Bundesregierung sich diesen Herausforderungen gestellt hat, indem sie die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie an der Agenda 2030 ausgerichtet hat. Globale sowie nationale Lösungsansätze können nicht einfach auf der Basis eines „weiter so!“ formuliert werden. Die politisch und gesellschaftlich kohärente Umsetzung ist für den Erfolg der Agenda 2030 entscheidend.

Die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele bergen Herausforderungen für alle Länder, inklusive unserem eigenen. Unter diesem Blickwinkel wird auch Deutschland zu einem Entwicklungsland.

Brot für die Welt

Trotz einiger Widersprüche und Schwächen, die der notwendigen Kompromissfindung in VN-Verhandlungsprozessen geschuldet sind, begrüßt Brot für die Welt die Agenda 2030 als eine zukunftsweisende Erklärung mit zum Teil sehr ambitionierten Zielen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung.

Brot für die Welt hat den Verhandlungsprozess zur Ausarbeitung der Agenda 2030 konstruktiv-kritisch begleitet und auch den Regierungsentwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ausführlich kommentiert. Einige unserer Vorschläge wurden von der Bundesregierung auch aufgegriffen. Brot für die Welt setzt sich für eine ambitionierte, kohärente und vollständige Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland ein.

Dabei sind alle SDGs und Unterziele zu berücksichtigen, auch diejenigen, die bisher nicht in die DNS eingeflossen sind. Außerdem sollte es in der DNS zu allen

SDGs auch internationale Indikatoren geben. In Kooperation mit seinen mehr als 1000 Partnerorganisationen in 79 Ländern bemüht sich Brot für die Welt, Beiträge zur Erreichung der SDGs zu leisten, legt dabei jedoch Wert auf eine saubere Rollentrennung zwischen den verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren (Zivilgesellschaft, Wirtschaft etc.), die zwar kooperieren sollen und können aber in unterschiedlichen Verantwortungen an der Umsetzung der Agenda 2030 mitwirken.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. - BUND

Der BUND engagiert sich seit vielen Jahren kontinuierlich für eine nachhaltige Entwicklung, u.a. mit den beiden Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996 und 2008). Seit Jahren setzen wir uns für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ein, für verbindliche Zwischenschritte und wirksame Maßnahmen. Den Grenzen des Wachstums muss die Strategie weitaus stärker Rechnung tragen als bisher. Die SDG haben hohe Bedeutung für unsere Arbeit, denn nun sind explizit die Industrieländer in der Pflicht – ökologische und soziale Ziele sind enger miteinander verbunden. Höchste Priorität hat aus Sicht des BUND die ökologischen Lebensgrundlagen weltweit zu bewahren, als Basis für unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Der BUND engagiert sich von der europäischen bis zur lokalen Ebene für wesentliche Nachhaltigkeitsziele, wie die erneuerbaren Energien und den Ökolandbau auszubauen, den Artenverlust zu stoppen sowie unseren Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch absolut zu reduzieren.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft - BÖLW

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft vertritt die ökologisch wirtschaftenden Landwirte, Lebensmittelhersteller und -händler in Deutschland.

Der Spitzenverband engagiert sich für einen Umbau der Ernährungswirtschaft hin zu nachhaltigen Produktions- und Ernährungssystemen mit der Begleitung legislativer Prozesse, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und durch Netzwerk-Arbeit mit verschiedensten Stakeholdern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung würdigt Bio als „Gold Standard der Nachhaltigkeit“. In der Nachhaltigkeitsstrategie werden mindestens 20 % Ökologischer Landbau gefordert – für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Mit Bio werden bereits zahlreiche Nachhaltigkeitsziele umgesetzt, vor allem die SDG „Kein Hunger“ (2), „Sauberes Wasser“ (6), „gute Arbeitsplätze und Wachstum“ (8), „Verantwortungsvollen Konsum“ (12), Klimaschutz (13), und „Leben an Land“ (15). Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von über 37.000 Bio-Betrieben 9,48 Mrd. Euro umgesetzt. Die BÖLW-Mitglieder sind: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Bioland, Biokreis, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Demeter, Ecoland, ECOVIN, GÄA, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus®eG und Verbund Ökohöfe.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. – BAGSO

Die BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. ist die Lobby der älteren Menschen in Deutschland. Unter unserem Dach haben sich weit über 100 Verbände mit vielen Millionen älteren Mitgliedern zusammengeschlossen. Die BAGSO und zahlreiche ihrer Verbände engagieren sich seit vielen Jahren für den Klimaschutz, für Bildung zur Nachhaltigkeit, für nachhaltigen Konsum und für gesunde Lebensweisen.

Die BAGSO, aber auch einzelne Mitgliedsverbände, führen Projekte und Konferenzen durch, informieren durch Publikationen zu verschiedenen Themen der nachhaltigen Entwicklung. Inhaltliche Schwerpunkte dabei sind klimafreundliche Mobilität, nachhaltige Produktionsweisen und Transportwege, nachhaltiger Konsum und vor allem Vermeidung von Altersarmut und ein würdevolles Leben im Alter. Ebenso sind Aspekte der Dorf- und Stadtentwicklung im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung mit eingebunden. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Durchführung von Projekten in Kooperation mit Partnerorganisationen werden auch weiterhin die Schwerpunkte der BAGSO zur Unterstützung o.g. Themen der SDGs sein.

Bundesärztekammer

Mit steigendem Alter treten Krankheit und Multimorbidität, Abnahme der geistigen Leistungsfähigkeit, Angewiesensein auf Hilfe, Behandlungsbedürftigkeit sowie Vereinsamung in vermehrtem Maße auf. Von daher macht der demografische Wandel und die damit einhergehende wachsende sowie veränderte Nachfrage nach Gesundheitsleistungen eine noch stärkere Ausrichtung des Gesundheitswesens auf Nachhaltigkeit erforderlich.

Das deutsche Gesundheitssystem bietet allen Patientinnen und Patienten unabhängig von ihrem sozialen Status ein hohes Versorgungsniveau und hält hochwertige Gesundheitsleistungen flächendeckend und wohnortnah vor. Um dies auch zukünftig sicherstellen zu können, ist die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen notwendig. Die Bundesärztekammer (BÄK) erarbeitet gemeinsam mit Fachgesellschaften und Berufsverbänden Konzepte zur Vermeidung von Krankheiten, zur stärkeren Ausrichtung der Versorgungsstrukturen auf die Betreuung und Behandlung chronisch kranker Patientinnen und Patienten, die Weiterentwicklung intra- und interprofessioneller regionaler Versorgungsstrukturen, einschließlich sektorenübergreifender Versorgungskonzepte. Insbesondere in der Stärkung von Prävention in den verschiedenen Lebenswelten sowie der Gesundheitskompetenz sieht die BÄK wichtige Ansatzpunkte für eine nachhaltige Orientierung des Gesundheitswesens.

B.A.U.M. e. V.

Umweltmanagement und nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist der Kernbereich der Arbeit von B.A.U.M., dem Informations- und Kontakt Netzwerk der Wirtschaft, seit seiner Gründung durch Unternehmer im Jahr 1984. Es braucht für Unternehmen, Politik und Gesellschaft Leitplanken bzw. einen Kompass in Bezug auf die Umsetzung von Nachhaltigkeit. Hier geben die SDG´s und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie eine wertvolle Orientierung. Die Umsetzung von mehr Nachhaltigkeit unterstützt B.A.U.M. durch vielfältige praxisorientierte

Aktivitäten wie z.B. Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Projekte. Angesichts der Größe der Herausforderungen der verschiedenen Themenfelder bedarf es noch sehr viel stärkerer Veränderungen in relativ kurzen Zeithorizonten. Es gilt einen gemeinsamen Pfad zu finden und zu definieren, der eine weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Einklang mit Natur und Umwelt und begrenzten Ressourcen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte ermöglicht.

Bundesverband der Deutschen Industrie - BDI

Das Prinzip der Nachhaltigkeit mit seinen drei gleichberechtigten Dimensionen aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung stellt aus ihrem ureigenen Interesse das handlungsleitende Zieldreieck der deutschen Industrie dar. Fundamental konträr zum Prinzip der Nachhaltigkeit wäre es, Ziele nur in einer der drei Dimensionen zu verfolgen und dabei deren Implikationen für die übrigen beiden Dimensionen nicht zu berücksichtigen und abzuwägen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet somit immer auch, Zielkonflikte im Spannungsfeld des Nachhaltigkeitsdreiecks aufzulösen. Seit dem Jahr 2015 bestehen mit den „Sustainable Development Goals (SDGs)“ der Vereinten Nationen 17 globale Entwicklungsziele bis zum Jahr 2030, die dem Anspruch einer weltweit Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sind. Der BDI begrüßt die nun mehr erfolgte Ausrichtung auch der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie anhand der 17 SDGs. Absehbar ist dabei bereits heute, dass die SDGs die globale Modernisierungsagenda entscheidend prägen werden. Unstrittig ist zudem, dass die ambitionierten globalen Entwicklungsziele nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens sowie der Innovationskraft, der Leistungsfähigkeit und der Investitionsbereitschaft der Industrie zu erreichen sein werden. Daher muss die deutsche Industrie durch die richtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, national, europäisch und global ihr gesamtes Potenzial zur Umsetzung der SDGs entfalten zu können. Ein besonderer Fokus des BDI liegt dabei auf SDG 8 und 9. Die Tatsache, dass der BDI als "Stimme der deutschen Industrie" die gesamte Bandbreite industrieller Wertschöpfung repräsentiert und über seine Gremien erreicht, macht ihn zu einem bedeutenden Akteure auf dem Weg zu einer erfolgreichen Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030.

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - BDEW

Die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Nachhaltigkeitsstrategie Nachhaltigkeit zur Leitlinie der deutschen Politik gemacht hat. Erstmals gibt es ein umfassendes Wasserziel auf globaler Ebene.

Bei der Gewässer- bzw. Wasserqualität besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf. Überdüngung und Belastung der Gewässer durch Stoffspuren und Arzneimittel sind Parameter, um Nachhaltigkeit im Gewässerschutz zu messen. Es bedarf ein Umdenken in der Ressourcennutzung, eine Vermeidungsstrategie und eine Agrarwende zu einer gewässer- und umweltverträglichen Landwirtschaft.

Der BDEW übernimmt bei der Umsetzung der SDG und der Nachhaltigkeitsstrategie Systemverantwortung im Rahmen der Energiewende, die auf Erneuerbaren Energien, immer „grüner“ werdendes Gas und zuverlässigen und sicheren Energienetzen baut. Neben der Stromwende sind eine Wärme-, eine Verkehrswende und die Verzahnung dieser drei Sektoren zentral, um unsere Klimaziele zu errei-

chen. Nur mit einer erfolgreichen Sektorkopplung erreichen wir eine Dekarbonisierung bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Energienutzung.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände - BDA

Die SDGs, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch die anderen maßgeblichen internationalen Standards wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die dreigliedrige Grundsatzerklärung der ILO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sind für die BDA seit vielen Jahren ein wichtiges Thema. Die BDA informierte ihre Mitglieder und Unternehmen über aktuelle Entwicklungen und hat eine Vielzahl von Publikationen dazu veröffentlicht. Über „CSR-Germany“, dem gemeinsamen Internetportal von BDA, BDI, DIHK und ZDH, werden viele Praxisbeispiele zum sozialen und gesellschaftlichen Engagement deutscher Unternehmen dargestellt. In dem gemeinsamen Leitfaden „CSR and Human Rights? What does it mean for companies in supply chains?“ von BDA, ITC/ILO, Confindustria, MEDEF, BusinessEurope und IOE werden Unternehmen über aktuelle Herausforderungen informiert.

Deutsche Gesellschaft für Ernährung - DGE

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) - wissenschaftliche Fachgesellschaft - erarbeitet die gültigen Empfehlungen für eine bedarfsgerechte Ernährung und transportiert diese direkt und über Multiplikatorengruppen an die Bevölkerungsgruppen.

Art und Weise der Ernährung tragen zu nachhaltigem Handeln bei. Durch die Verbreitung von Ernährungsempfehlungen für Deutschland und die Qualifizierung von Berufsgruppen sowie Qualitätssicherung in der Gemeinschaftsverpflegung trägt die DGE zur Erreichung der Ziele von SDG 2 und insbesondere SDG3 bei. Eine Optimierung der Ernährungssituation in Deutschland und eine Änderung des Konsumverhaltens (SDG12) wirkt sich auf die Emission klimarelevanter Treibhausgase und die Ziele in SDG 13 aus. Um dies zu erreichen, sind im Rahmen der Verhältnisprävention die verschiedenen Lebenswelten, in denen Menschen ihr Essen einnehmen, optimal auszugestalten – mit Hilfe der DGE-Qualitätsstandards. Im Bereich SDG 4 - Thema Nachhaltige Bildung (BNE) - werden von der DGE im Rahmen von Lehrgängen, Seminaren und Veröffentlichungen wichtige Multiplikatoren erreicht.

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. - DUK

Die DUK ist Deutschlands Mittlerorganisation für multilaterale Politik in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, in ihrer Gesamtheit, ist der übergeordnete Referenzrahmen für ihre Aktivitäten, mit Fokus auf SDG 4. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung setzt die DUK zentrale Aktionsformen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland um. Unter anderem zeichnet die DUK gemeinsam mit dem BMBF Lernorte, Netzwerke und Kommunen aus, die BNE besonders gelungen strukturell verankern. Weitere SDG-Schwerpunkte der DUK sind: Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung; Nachhaltigkeit als kultureller Prozess; UNESCO-Lehrstühle und UNESCO-Projekt-

schulen als SDG-Multiplikatoren; UNESCO-Biosphärenreservate und UNESCO-Geoparks als Lernorte und Modellregionen der Agenda 2030 für eine integrativ nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung unter Einbindung der Bevölkerung.

Deutsche Welthungerhilfe

Für die Welthungerhilfe sind die SDGs sowohl der zentrale strategische Rahmen wie auch der Rahmen für ihre operative Arbeit. Insbesondere SDG 2 – die Überwindung des Hungers – steht im Mittelpunkt ihrer Arbeit im In- und Ausland. Ein Großteil der Auslandsprojekte fühlt sich der praktischen Umsetzung dieses Ziels verpflichtet; in der Inlandsarbeit spielt die politische und Informationsarbeit zu den SDGs eine wichtige Rolle. So ist die Welthungerhilfe Mitglied der VENRO AG 2030 oder auch des Bündnis Zukunftsbildung von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, das den Nachhaltigkeitsgedanken stärker im Bildungssystem verankern will. Auch in der internationalen Arbeit der Organisation spielen die SDGs und auch hier insbesondere SDG2 eine prominente Rolle. Der jährlich erscheinende und global verbreitete Global Hunger Index widmet sich einzelnen SDGs; so etwa mit einem Beitrag von David Nabarro im vergangenen Jahr.

Deutscher Bauernverband – DBV

Das Thema Nachhaltigkeit und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat für den Deutschen Bauernverband (DBV) große Bedeutung. Landwirte wirtschaften in und mit der Natur, generationenübergreifendes Denken ist in der Landwirtschaft fest verankert. Dieses Selbstverständnis kommt auch im Leitbild des DBV zum Ausdruck. Die SDG stellen einen Meilenstein in der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte dar. Besonders hervorzuheben sind darunter die Ernährungssicherung, der Boden- und der Klimaschutz. Der DBV begrüßt das Ziel, mit den SDG alle drei Säulen der Nachhaltigkeit abzudecken, muss aber feststellen, dass die Landwirtschaft nur ökologische Aspekte Eingang in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gefunden haben. Aspekte wie landwirtschaftliches Einkommen und Produktivität (SDG 2.3) fehlen. Kernbeitrag der deutschen Landwirtschaft zur Erreichung der SDG ist im Bereich der Ernährungssicherung zu finden (SDG 2), neben der Bereitstellung von Rohstoffen für die Bioökonomie.

In Anbetracht der wachsenden Bevölkerung bei abnehmender Produktionsfläche muss für die Landwirtschaft der Grundsatz gelten: „Mehr mit weniger“ zu erzeugen. Die deutsche Landwirtschaft hat gezeigt, dass dies möglich ist und hiermit Umweltauswirkungen reduziert werden können.

Deutscher Bundesjugendring - DBJR

Im Interesse der Kinder und Jugendlichen fordert der Deutsche Bundesjugendring seit Jahrzehnten ein nachhaltiges Leben und Wirtschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die SDG und die Agenda 2030 spiegeln eine Nachhaltigkeitspolitik, die von Jugendverbänden vielfältig begleitet und mitgestaltet wird – vom Kampf gegen Armut über Bildung für alle, Gerechtigkeit und Umweltschutz bis zu starker Demokratie und Frieden innerhalb der (globalen) Gesellschaft. In Jugendverbänden zeigen junge Menschen, dass sie ihren Konsum kritisch überdenken und verändern, dass sie für Schwächere, für Vielfalt und Demokratie, für eine ökologische und gerechte Welt eintreten. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit entsendet der DBJR seit dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 jährlich zwei Jugenddelegierte zu Konferenzen der Vereinten Nationen im Bereich Nachhaltigkeit. Seit Rio+20 nehmen Jugenddelegierte am hochrangigen politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung bei den Vereinten Nationen teil.

Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB

Der DGB macht sich stark für eine solidarische Gesellschaft. Arbeit und Einkommen müssen gerecht verteilt werden und Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht die gleichen Chancen erhalten. National und international vertritt er die Gewerkschaftsbewegung und ist die politische Stimme der Mitgliedsgewerkschaften mit rund 6 Millionen organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Damit ist der DGB einer der größten Gewerkschaftsbünde der Welt. Der DGB ist dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist – wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht klar Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung und insbesondere die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind für den DGB von fundamentaler Bedeutung. Besondere Schwerpunktthemen der SDGs knüpfen an die Arbeit des DGB an:

- Kinderarmut, Armutgefährdung und soziale Sicherheit (Ziel 1),
- Gleichstellung (Ziel 3)
- Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung (Ziel 5)
- Wasser als Menschenrecht (Ziel 6)
- die soziale Gestaltung der Energiewende (Ziel 7)
- menschenwürdige Arbeit, nachhaltige Industrie- und Finanzpolitik (Ziel 8)
- eine Stärkung der digitalen und der Verkehrsinfrastruktur (Ziel 9)
- die Verringerung der Einkommensungleichheit, der gesetzliche Mindestlohn und die Schließung der geschlechterspezifischen Entgeltlücke (Ziel 10)
- nachhaltige Mobilität (Ziel 11)

Deutscher Industrie- und Handelskammertag - DIHK

Der DIHK ist Dachorganisation der 79 Industrie- und Handelskammern, er koordiniert zugleich das Netz der Auslandshandelskammern.

Aufgabe der IHK-Organisation ist die Förderung des ehrbaren Kaufmanns (§ 1 IHKG). Dieses Leitbild sowie der an der Strategie der Nachhaltigkeit orientierte Ansatz der gesellschaftlichen Verantwortung (CSR) gehören in einem modernen Verständnis von Unternehmenskultur zusammen: Eine Haltung, die sich nicht in Handeln ausdrückt, bleibt wirkungslos. Gleichzeitig legt diese Haltung das Fundament, um CSR als Managementverständnis zu implementieren.

Daher engagieren sich Kammern und Unternehmen u. a. in folgenden Bereichen:

- Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung integrieren
- Auszubildende zu verantwortlichem Handeln anleiten
- IHKs sind Registrierungsstellen für EMAS
- Projekte, die zentrale Aspekte der Nachhaltigkeit betreffen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Klimaschutz, Energieeffizienz, Green Economy

- praktikable Lösungen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte durch Unterstützung der mittelständischen Unternehmen zu finden

Durch die enge Verbindung zu allen Teilen der Wirtschaft kann der DIHK Hinweise zur praxisgerechten Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie geben und so zu ihrem Erfolg beitragen.

Deutscher Naturschutzring - DNR

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist der Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen. Er wurde 1950 gegründet und hat heute knapp 90 Mitgliedsverbände, die zusammen rund zehn Millionen Menschen erreichen. Ihnen gemeinsam ist das Ziel, Natur und Lebensräume zu schützen, um die Schönheit der Landschaft und die Ressourcen unseres Planeten auch für unsere Nachkommen zu bewahren. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene setzt sich der DNR für den Erhalt der biologischen Vielfalt, Ressourcen- und Klimaschutz sowie für eine Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung als Leitidee gegenüber dem bisherigen ökonomischen Wachstumsmodell ein.

Der DNR koordiniert verbandsübergreifende Aktivitäten zu bedeutsamen Themen des Natur-, Tier- und Umweltschutzes. Er ermöglicht den Zugang zu politischen Entscheidungsträgern und ist auch Ansprechpartner für andere Interessengruppen. Durch ihre Mitgliedschaft im DNR werden die Organisationen in ihren Anliegen und Aufgaben unterstützt und bestärkt.

Deutscher Städtetag

Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte und der kommunale Spitzenverband der kreisfreien sowie der meisten kreisangehörigen Städte in Deutschland. Als Solidargemeinschaft der Städte vertritt er die Idee der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber Bund, Ländern, Europäischer Union, staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen sowie Verbänden. Seine Arbeit und Dienstleistungen orientiert der Deutsche Städtetag vor allem an den Anforderungen und Interessen der unmittelbaren Mitgliedsstädte sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger. Im Deutschen Städtetag – dem größten kommunalen Spitzenverband Deutschlands – haben sich rund 3400 Städte und Gemeinden mit fast 52 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. 199 Städte sind unmittelbare Mitglieder, darunter alle 107 kreisfreien Städte, einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen.

Deutsches Global Compact Netzwerk - DGCN

Im DGCN versammeln sich die deutschen Unterzeichner des UN Global Compact: Dies sind mittlerweile mehr als 360 Unternehmen – von DAX-Konzernen über Mittelständler bis hin zu kleinen Spezialisten – und über 50 Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und dem öffentlichen Sektor. Über das Netzwerk informieren sie sich zu Themen der unternehmerischen Verantwortung und Nachhaltigkeit, tauschen Ideen aus und arbeiten gemeinsam an praxisnahen Lösungen. Mit ihrem Engagement tragen sie unmittelbar zur globalen Vision des UN Global Compact und Umsetzung der SDGs bei.

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik – DIE

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) gehört weltweit zu den führenden Forschungsinstituten und Think Tanks zu Fragen globaler Entwicklung und internationaler Entwicklungspolitik. Es war intensiv an den Diskussionen zur Post-2015-Agenda beteiligt und versteht die Agenda 2030, in Verbindung mit dem Pariser Klimaabkommen, als zentralen Politikansatz für die Sicherung gemeinsamer Existenzgrundlagen auf lokaler, nationaler sowie globaler Ebene. Dies findet Ausdruck in der starken Beteiligung an nationalen und globalen Nachhaltigkeitsnetzwerken, wie dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN), dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), oder der neuen Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Das DIE hat darüber hinaus an der Erarbeitung der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mitgewirkt und beteiligt sich an öffentlichen Debatten zu Nachhaltigkeitsstrategien auf der Ebene der Bundesländer.

Deutsches Institut für Menschenrechte - DIMR

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands im Sinne der Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen. Zu den Aufgaben des Instituts gehören nach §1 DIMR Gesetz u.a. Politikberatung, Forschung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Es ist zudem mit dem Monitoring der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention betraut worden. Das Institut wird vom Bundestag finanziert. Das DIMR bringt sich durch Zusammenstellung von menschenrechtliche Analysen der Regierungsverhandlungen, durch Kommentierung im Rahmen des HLPF und durch Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ein (siehe [hier](#)).

Die 2030 Agenda verlangt eine völkerrechtskonforme Umsetzung der SDGs (Abs. 18). Der Inhalt und die Verfahren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie müssen sich an den menschenrechtlichen Herausforderungen Deutschlands orientieren und menschenrechtliche Prinzipien wie Partizipation und Rechenschaftslegung (transparentes, partizipatives Monitoring) sowie Nichtdiskriminierung (desaggregierte Daten) berücksichtigen.

Deutsches Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth - DKN

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte *Deutsche Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth (DKN)*, eines der drei Träger der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030, leistet als wissenschaftliches Netzwerk auf nationaler Ebene einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der integrativen Forschung im Kontext der globalen Nachhaltigkeit (z.B. in Arbeitsgruppen zu Themen wie „Nachhaltige Arbeit“) und damit einen wissenschaftlichen Beitrag zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Anbindung an die internationalen Forschungsprogramme Future Earth und WCRP (Weltklimaforschungsprogramm) befördert zugleich den weltweiten Austausch mit Wissenschaftlern und Akteuren.

In Zusammenarbeit mit United Nations University, Future Earth und SDSN wurde in den letzten beiden Jahren auf internationaler Ebene ein wichtiger Grundstein gelegt, der den Beitrag der Wissenschaft zur Umsetzung der SDGs stärkt und mögliche Hauptarbeitsfelder, wie Assessments, Indikatoren und SDG-Wechsel-

wirkungen, identifizierte (vgl. Report „The contribution of science in implementing the Sustainable Development Goals“). Diese Aktivitäten dienen unter anderem zur möglichen Etablierung eines wissenschaftsgetriebenen „Future Earth Knowledge-Action Networks on SDGs“, welches die Akteure auf internationaler Ebene vernetzen und als internationaler Knotenpunkt für Wissen und -austausch zur Umsetzung der SDGs langfristig dienen könnte.

Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. - econsense

Unternehmen spielen bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen eine wichtige Rolle, da sie mit ihrer Innovationskraft einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten können. Die Agenda 2030 und deren SDGs bilden als globales System eine gemeinsame Sprache und langfristige Zielagenda. Die SDGs wirken auf diese Weise als Katalysator für die betriebliche Umsetzung von Nachhaltigkeit. Als branchenübergreifende Initiative global tätiger Unternehmen setzt sich econsense engagiert mit der Agenda 2030 und den SDGs auseinander und treibt das Thema mit den Mitgliedsunternehmen sowie in Kooperationen mit Dritten voran.

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt und Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Das Forum Umwelt und Entwicklung unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab. Es begleitet auf UN-Ebene die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung. Eine der Hauptaufgaben des Forum ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen. Das geht einher mit der Bemühung für eine Änderung der verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise in den industrialisierten Ländern einzutreten. Diese zerstören die natürlichen Lebensgrundlagen und berauben Millionen Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens, ihrer Lebenschancen. Auch die Verhandlungen zur 2030-Agenda verfolgte das Forum Umwelt und Entwicklung aktiv, im Austausch mit Zivilgesellschaft, UN und Regierungen. Die kritische Begleitung ihrer Umsetzung ist eines der Kernarbeitsfelder des Forum.

Germanwatch

Germanwatch hat als Entwicklungs- und Umweltorganisation seit seiner Gründung 1991 und mit der UNCED 1992 von Anfang an die umfassenden Nachhaltigkeitsaspekte in seiner Arbeit und seinen Ansätzen verfolgt. Deutschland haben wir schon in den 90er Jahren als „Entwicklungsland“ benannt, also weit vor dem SDG-Summit 2015, mit dem alle Länder dieser Welt mit den 17 SDG und den 169 Unterzielen auf die gleiche Stufe gestellt wurden. Wir sehen die Notwendigkeit, überall die SDG-Kontexte aufzuzeigen und die Umsetzungen anzumahnen. In besonderer Weise sind wir zu Ziel 7 (Energie) und Ziel 13 (Klimaschutz) unterwegs. Dabei machen wir überall deutlich, dass das Pariser Klimaabkommen ein fester Bestandteil der SDG ist. Aber auch in unseren Themenbereichen Welthandel, Ernäh-

rung und Landwirtschaft (Ziele 1 + 2 + 3) und in unserem Bereich Unternehmensverantwortung (Ziele 8 + 9 + 12) sind die globalen Entwicklungsziele ein fester Bezugsrahmen.

Von Anbeginn haben wir auf nationaler Ebene die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie begleitet und die Fortschrittsberichte kommentiert. Wir begrüßen die neuen Elemente in der Neuauflage vom Januar 2017 und vor allem die Gesamtausrichtung an den 17 SDG.

Handelsverband Deutschland - HDE

Dem Handel kommt als Hersteller und Vertreiber von Produkten an der Schnittstelle zum Endverbraucher eine besondere Verantwortung für den nachhaltigen Konsum zu. Die soziale und ökologische Ausgestaltung der gesamten Lieferkette stellt angesichts global vernetzter Märkte eine zentrale Herausforderung dar. Der HDE vertritt als politische Spitzenorganisation Unternehmen aller Branchen und Größen. Er unterstützt, koordiniert und initiiert Aktivitäten des Handels für den nachhaltigen Konsum. Wesentliche Handlungsfelder sind die soziale und ökologische Ausgestaltung nationaler und internationaler Lieferketten (SDG 1, 8,12), die Steigerung der Energieeffizienz und der Klimaschutz (SDG 13), die Reduzierung von Abfällen und der Ressourcenschutz (SDG 12,14) sowie der faire Handel (SDG 1, 2, 8, 10, 12). Aktuelle Projekte sind dabei u.a. die Klimaschutzoffensive des Handels, die Initiative „Zu gut für die Tonne“ für weniger Lebensmittelabfälle, die HDE-Initiative zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen sowie die Beteiligung am Bündnis für nachhaltige Textilien.

Institute for Advanced Sustainability Studies - IASS

Der Forschungsansatz des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) zielt darauf ab, möglichst alle relevanten Formen des Wissens innerhalb und außerhalb der Wissenschaft zusammenzuführen, um gemeinsam das Handlungswissen für geeignete Lösungen zu finden und notwendige Transformationen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu initiieren, zu unterstützen und wissenschaftlich zu begleiten. In seinen Forschungsarbeiten hat das IASS seit Beginn Frage- und Problemstellungen der SDGs und der Agenda 2030 adressiert, beispielsweise die Bereiche Energie, Böden, Ozeane oder Luftverschmutzung. Vor diesem Hintergrund hat das IASS gemeinsam mit SDSN Germany und DKN Future Earth das Angebot der Bundesregierung im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen und als wissenschaftliche Träger die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 entwickelt, die mit der konstituierenden Sitzung ihres Lenkungskreises am 8. Mai 2017 etabliert worden ist. Das IASS beherbergt die Geschäftsstelle, die die Wissenschaftsplattform wissenschaftlich und administrativ koordiniert.

Kommissariat der Deutschen Bischöfe

Das Kommissariat der Deutschen Bischöfe - Katholisches Büro in Berlin - wird in politischen Fragen und Anliegen im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz auf Bundes- und EU-Ebene tätig. Die Agenda 2030 stellt aus Sicht des Katholischen Büros einen Meilenstein auf dem Weg dar, wirtschaftliches Wachstum, Menschenrechte, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung besser und global miteinander zu verschränken. Damit folgt die Agenda der seit Jahrzehnten von der Kir-

che vorgebrachten Forderung nach einer ganzheitlichen Entwicklung, die Papst Franziskus jüngst in seinem Lehrschreiben „Laudato Si“ – über die Sorge für das gemeinsame Haus“ weiter entfaltet und vertieft hat. Diese Enzyklika setzt Maßstäbe, wie wir unsere Lebensweise ändern müssen, um zu einer gerechteren globalen Ordnung zu gelangen. Aus ihr ergeben sich auch Maßgaben und Anregungen der Umsetzung der SDGs in konkrete Politik, die es zu beachten gilt. Hierzu gehört u.a. die Berücksichtigung der vorrangigen Option für die Ärmsten, die Aufnahme von Gerechtigkeitsfragen in die Umwelt- und Klimaschutzdiskussion sowie ein besonderer Blick auf die Kohärenz der Agenda-Umsetzungsschritte.

Land Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg hat im März 2007 eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie gestartet und damit als eines der ersten deutschen Länder das politische Narrativ der nachhaltigen Entwicklung für sich selbst konkretisiert. Nachhaltiges Handeln bedeutet hierbei, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Regionen der Erde oder zukünftiger Generationen zu leben. Die SDG'S wurden daher systematisch in die Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind gleichermaßen zu berücksichtigen und in Einklang zu bringen. Die Belastbarkeit des Systems Erde bildet hierbei die absolute Grenze. Diese Ziele werden in Schwerpunktthemen und durch Zielgruppeninitiativen in der Landespolitik aufgegriffen. Durch ein weitreichendes Netzwerk von Aktiven wird die Zivilgesellschaft eingebunden. Die Landesregierung wird außerdem durch einen Nachhaltigkeitsbeirat beraten dem der Ministerpräsident des Landes vorsitzt.

Land Mecklenburg-Vorpommern

Die damalige Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat bereits im Jahre 2006 eine Landesagenda beschlossen, deren Ziele in den folgenden Jahren weitgehend umgesetzt wurden. In der aktuellen im Herbst 2016 geschlossenen Koalitionsvereinbarung bekennen sich die Koalitionspartner erneut ausdrücklich zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Ziel für die bis 2021 währenden Legislaturperiode ist die Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie in Anlehnung an die nationale Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes. Damit ergeben sich unmittelbar Bezüge zu den SDGs, die unter Berücksichtigung der regionalen und lokalen Gegebenheiten des Landes konkretisiert werden. Über die Federführung innerhalb der Landesregierung wurde noch nicht abschließend entschieden.

Zum Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt MV gehören wesentliche Kernbereiche einer ökologisch verträglichen und (landwirtschaftlich leistungsfähigen) Entwicklung.

Land Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung NRW hat am 14. Juni 2016 eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW verabschiedet. Sie konkretisiert damit das Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung, verstanden als Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft mit ökologischer Verantwortung. Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft wirkten an der Erstellung mit. In der Nachhaltigkeitsstrategie NRW werden die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen systematisch aufgegriffen und Bezüge zwischen regionalen, nationalen und globalen

Nachhaltigkeitszielen hergestellt. Die Koordination liegt derzeit beim Umweltministerium NRW. Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeit.nrw.de. Etwaige Änderungen durch die laufende Neubildung der Landesregierung bleiben vorbehalten.

Naturschutzbund Deutschland e. V. - NABU

Der NABU engagiert sich mit seiner Arbeit seit jeher zu etlichen der 17 SDGs. Hierzu gehört unter anderem der Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz des Klimas, der natürlichen Ressourcen sowie der Meere. Für die Umsetzung der SDGs ist es nicht nur nötig, sich weiter für Umwelt- und Naturschutz einzusetzen, sondern dies auch mit den anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit, Soziales und Ökonomie, zusammenzudenken. Dieser Aufgabe will sich der NABU in den kommenden Jahren annehmen: in seiner konkreten Arbeit und aktuell im Projekt „Die nachhaltigen Entwicklungsziele in Deutschland“ (BMUB/UBA). Dies hat zum Ziel, die SDGs bekannt zu machen, ihre Umsetzung zu unterstützen und Initiativen zu vernetzen. Dazu werden verschiedene Veranstaltungsformate für unterschiedliche Zielgruppen durchgeführt.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie war bereits bisher für die thematische Arbeit des NABU ein relevanter Bezugspunkt. Als wichtiges Umsetzungsinstrument der SDGs hat sie noch an Bedeutung gewonnen. Der NABU engagiert sich für eine ambitionierte Weiterentwicklung, Adressierung der Zielkonflikte und verbindliche Umsetzung der Strategie.

Netzwerke von Migrantenorganisationen e. V. - NeMo

Im Bundesverband NeMO haben sich 442 Migrantenorganisationen in elf Städten zu herkunfts- und kulturübergreifenden sowie säkularen Verbänden zusammengeschlossen. Als Teil der städtischen Gesellschaft engagieren sich die Verbände für eine gerechte Teilhabe in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Lebens in Deutschland. Denn für eine offene und moderne Einwanderungsgesellschaft ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit eigener oder mit familiärer Migrationsgeschichte unverzichtbar. Dafür stärkt der Bundesverband die lokalen Verbände und deren Mitglieder in ihrer strukturellen und thematischen Weiterentwicklung. Durch seine Mitgliederstruktur verfügt der Bundesverband in sieben Bundesländern über eine Vielzahl an Kanälen zur Ansprache migrantischer Akteure. Und sowohl die elf Mitgliedsverbände als auch deren über 400 Mitgliedsorganisationen sind auf kommunaler und regionaler Weite mit weiteren Migrantenorganisationen vernetzt.

Über das vom Bundesverband durchgeführte Projekt samo.fa (Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit), welches mit Partnern in 31 Städten zusammenarbeitet, werden zudem Migrantenorganisationen aus weiteren vier Bundesländern erreicht. So können auch Organisationen in Regionen angesprochen werden, welche am stärksten von politisch rechts motivierten Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind. Darüber hinaus verfügt der Bundesverband über eine große Bandbreite weiterer Netzwerke und Kooperationspartner aus vielfältigen gesellschaftlichen Themenfeldern – sowohl auf Bundes- als auch auf kommunaler Ebene.

netzwerk n

Das netzwerk n e. V. engagiert sich für einen Wandel an Hochschulen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Lehre, Betrieb, Forschung und Governance. Dazu bringen wir vor allem Studierende, aber auch Promovierende und andere Akteure der Hochschullandschaft zusammen. Das Netzwerk fungiert als Vernetzungsplattform, um einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Auch betreibt es unter Studierenden, Promovierenden und Verwaltungsmitarbeitenden durch vielfältige Formate wie z. B. das Wandercoaching-Programm und Konzeptwerkstätten intensives capacity building und vermittelt dadurch Kompetenzen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Des Weiteren nehmen wir aktiv Einfluss auf die Wissenschaftspolitik durch die umfassende Beteiligung am Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Die Sustainable Development Goals liefern uns für die Arbeit an den Hochschulen neue Impulse und schaffen durch ihre globale Bedeutung einen zusätzlichen politischen Druck auf die Hochschulleitungen.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung – PBnE

Seit der erstmaligen Einsetzung 2004 übernimmt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) die Aufgabe, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) sowie die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union und der Vereinten Nationen parlamentarisch zu begleiten.

Der PBnE setzt sich in verschiedenen Formen für die Umsetzung der SDGs und der Ziele deutscher Nachhaltigkeitspolitik ein: er fördert das Bewusstsein der Abgeordneten für die Bedeutung und Herausforderung der Agenda 2030 für die deutsche Politik, organisiert die regelmäßige Befassung in parlamentarischen Debatten, setzt mit Stellungnahmen eigene Impulse für die Weiterentwicklung der DNS im Sinne einer ambitionierten Umsetzung der SDGs durch, in und mit Deutschland und arbeitet im Rahmen seines Auftrags zur formellen Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung an der Stärkung der Kohärenz politischer Maßnahmen. Darüber hinaus setzt er sich aktiv für eine Neuauflage der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ein und verfolgt Deutschlands Engagement im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auf VN-Ebene.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung verbindet 60 Organisationen sowie 120 Einzelpersonen in Deutschland. Seit Gründung vor 20 Jahren hat sie die Institutionalisierung und Professionalisierung der zivilen Konfliktbearbeitung entscheidend gefördert. Sie ist im Beirat für den Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vertreten.

Die Friedensdimension in der Agenda 2030 sowie zahlreiche Bezüge zur zivilen Konfliktbearbeitung in den SDG, allen voran in SDG 16, sind aus Sicht der Plattform ZKB ein Auftrag, Frieden und zivile Konfliktbearbeitung stärker mit anderen Politikfeldern zu verbinden und hierzu Initiativen zur Umsetzung der SDF auch in und durch Deutschland zu entwickeln. Die Plattform ZKB hat sich dafür mit Stellungnahmen und Tagungen eingesetzt und wird dieses Engagement fortsetzen. Sie sieht ihre Rolle vor allem darin, die Perspektive des Politikfeldes Friedensförderung sowie der gesellschaftlichen Friedensarbeit und die hier einschlägigen Ak-

teure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft in den Prozess der SDG-Umsetzung einzubinden. www.konfliktbearbeitung.net

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland - EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist Dachverband von 20 evangelischen Landeskirchen und kirchlicher Werken. Zur Positionsbestimmung entwicklungspolitischer Fragen hat der Rat der EKD 2016 für die Kammer für nachhaltige Entwicklungen ExpertInnen aus den Gliedkirchen, dem Kirchenamt und der Synode der EKD sowie Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft berufen. Den Vorsitz der Kammer hat Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Wuppertal Institut, inne. Die Agenda 2030 sowie die neue Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind angesichts ihrer ehrgeizigen Ziele und ihres transformatives Potenzial für die EKD entscheidende Bedeutung. Aus diesem Grund hat der Rat der EKD die Kammer für nachhaltige Entwicklung damit beauftragt, bis Frühjahr 2018 ein Impulspapier „Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen“ vorzulegen. Ziel ist es, der EKD, ihren Gliedkirchen und Gemeinden sowie den kirchlichen Werken Orientierungshilfen zur Einordnung der Agenda 2030 und zu ihrer Rolle im Umsetzungsprozess gegeben werden. Dabei sollen Hinweise auf Chancen und Risiken beleuchtet sowie konkrete Vorschläge für kirchliche Beiträge zur Erreichung der SDGs vermittelt werden.

Rat für Nachhaltige Entwicklung - RNE

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung berät die Bundesregierung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie; er benennt konkrete Handlungsfelder und Projekte und macht Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen. Die Bundesregierung hat den Rat erstmals im April 2001, und zuletzt im Oktober 2017 neu berufen. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an. In der Wahl seiner Themen und Aktionsformen ist der Rat unabhängig. Ergebnisse sind u.a. der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, diverse Stellungnahmen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und Agenda 2030, zur Klima- und Rohstoffpolitik, zur fiskalischen Nachhaltigkeit oder zum Ökolandbau. Der Rat organisiert den Strategiedialog Nachhaltige Stadt von Oberbürgermeistern. Seit 2016 baut der Rat die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien auf. Den Vorsitz führen Marlehn Thiem, Vorsitzende ZDF-Fernsehrat, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU). Die Geschäftsstelle wird von Generalsekretärs Prof. Dr. Günther Bachmann geleitet. (www.nachhaltigkeitsrat.de)

Sachverständigenrat Deutscher Stiftung für Integration und Migration

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) ist ein unabhängiges und von deutschen Stiftungen finanziertes Politikberatungsgremium im Feld der Integrations- und Migrationspolitik, dessen Ziel es ist, Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, Verbände sowie die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Analysen und Empfehlungen zu begleiten. Dabei bezieht das Expertengremium zu Fragen der Migrations- und Integrationspolitik Stellung, um der politischen Debatte sachhaltige Argumente oder neue Impulse zu geben.

Der SVR begrüßt, dass die Agenda 2030 anders als noch die MDGs Migration explizit berücksichtigt. Mit dem deutschen Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele beschäftigt sich der Rat u.a. im Hinblick auf die Zusammenhänge von Migration, Flucht und Entwicklung. Die chancengleiche Teilhabe aller Menschen an Bildung und Arbeitsmarkt ist aus Sicht des SVR Kern und Ausdruck nachhaltiger Integrationspolitik.

Sachverständigenrat für Umweltfragen – SRU

Der SRU ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung. Er begleitet seit langer Zeit das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und seine Umsetzung. Im Umweltgutachten 1996 beschrieb der Rat Ansätze zur Umsetzung des Leitbildes, im Umweltgutachten 2000 gab er Empfehlungen zur Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Der SRU beteiligt sich an Konsultationen der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie teil, zuletzt mit einer Stellungnahme zur Neuauflage der deutschen Strategie im Juli 2016. Die SDGs und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind nach Ansicht des SRU zentrale Dokumente der Politikgestaltung und sollten als übergeordnete Leitlinien politischer Entscheidungen fungieren. In seinen Gutachten entwickelt der SRU Umsetzungsstrategien vor allem für die folgende SDGs: Wasser (6), erneuerbare Energien (7), Innovation und Infrastruktur (9), Städte (11), Konsum und Produktion (12), Klimaschutz (13), Meere (14) und Land (15).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - SVR

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) ist ein Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Er wurde durch Gesetz im Jahre 1963 eingerichtet mit dem Ziel einer periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit. Der Rat ist in seinem Beratungsauftrag unabhängig. Seine Ausführungen und Konzeptionen sind seitdem ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland und haben die politische Entscheidungsfindung merklich beeinflusst. Der SVR unterstützt ein umfassend verstandenes Konzept der Nachhaltigkeit, in dem ökologische, ökonomische und soziale Aspekte adäquat abgebildet werden und insbesondere auch die internationale sowie die intertemporale Dimensionen eine maßgebliche Berücksichtigung erfahren.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – SDW

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald setzt sich seit ihrer Gründung umfänglich für die Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in unserer Gesellschaft ein. Aus dem Wald kommend sollte die Nachhaltigkeit heute die Grundlage allen Handelns bilden. Vor allem in den Bildungsprojekten der SDW wird diese besonders deutlich. Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Vermittlung der wichtigen Bedeutung der Sustainable Development Goals sind hier essentieller Bestandteil der Waldpädagogik. Die SDW engagiert sich mit ihren 25.000 Mitgliedern seit 70 Jahren für Wald, Naturschutz und Umweltbildung.

Stiftung Wissenschaft und Politik - SWP

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung politische Entscheidungsträger in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der internationalen Politik berät. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SWP beraten vor allem den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung sowie politische Entscheidungsträger der EU oder Vereinten Nationen. Sie forschen und beraten vorwiegend zu den Themen von SDG 16 (Frieden, Sicherheit, Governance), 17 (Partnerschaften), 13 (Klima) und 7 (Energie), zu den Governance-Aspekten der inter-/nationalen Nachhaltigkeitsarchitekturen sowie zur politischen und gesellschaftlichen Situation in den einzelnen Regionen und Ländern. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie *in* Deutschland wird vor allem im Hinblick auf deren Außen- und Vorbildwirkung wissenschaftlich begleitet.

Sustainable Development Solutions Network - SDSN Germany

Das deutsche Sustainable Development Solutions Network (Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung; SDSN Germany) wurde im April 2014 von führenden deutschen Wissensorganisationen gegründet.

Das Netzwerk bündelt Wissen, Erfahrung und Kapazitäten deutscher Wissenschafts-, Wirtschafts-, und zivilgesellschaftlicher Organisationen, um eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands und deutsches Engagement für nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern.

SDSN Germany besteht aus derzeit 18 Mitglieds- und 11 Partnerinstitutionen. Prof. Gesine Schwan (Humboldt Viadrina Governance Platform) und Prof. Dirk Messner (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) sind Ko-Vorsitzende des Lenkungskreises von SDSN Germany, dem neben Dr. Maja Göpel (Wuppertal Institut) und Prof. Joachim Fetzer (Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik) hauptsächlich weitere Vertreterinnen von Mitgliedsorganisationen angehören. Die Geschäftsstelle von SDSN Germany ist am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) angesiedelt und wird von Adolf Kloke-Lesch geleitet.

In Zukunft wird sich SDSN Germany auch im Rahmen der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 aktiv für die nachhaltige Entwicklung einsetzen. Diese im Mai 2017 ins Leben gerufene Plattform, soll systematisch die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie begleiten. Neben dem Deutschen Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth sowie dem Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam ist SDSN Germany einer der drei Träger der Plattform.

Transparency International Deutschland e. V. - TI

Für Transparency International Deutschland e. V. liegt der Schwerpunkt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele auf der Förderung von Maßnahmen zu offener, inklusiver, verantwortungsvoller und wirksamer Regierungsführung, frei von Korruption und Bestechung sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. In diesem Kontext unterstützt Transparency Deutschland die staatlichen Institutionen in ihren Strategien und Praktiken zur Korruptionsbekämpfung. Dabei kommt es darauf an, die Bekämpfung von Korruption bei allen Zielen als Querschnittsaufgabe zu etablieren.

Transparency Deutschland begrüßt, dass die Bundesregierung die Neuauflage als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Agenda 2030 betrachtet und dass die nächste Stufe bereits für 2018 vorgesehen ist. Von einer Weiterentwicklung der Indikatoren erwarten wir insbesondere für die globalen Lieferketten (SDG 8.6.), dass Korruptionsbekämpfung als Querschnittsaufgabe in der ökonomischen Dimension eingeführt wird. Bei den Managementregeln (7) lässt sich der „wirtschaftlich-erfolgreiche“ Strukturwandel nur erreichen, wenn er auch mit Korruptionsbekämpfung Hand in Hand geht.

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe - VENRO

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Dem Verband gehören rund 120 Organisationen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit an. Die Agenda 2030/SDG und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind für VENRO wesentliche Referenzrahmen der Arbeit. VENRO hat die Entwicklung und Erarbeitung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsstrategie aktiv begleitet und setzt sich mit vielfältigen Aktivitäten für deren Umsetzung ein.

Diese Aktivitäten werden vom VENRO – Projekt 2030 – vielfach in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden und Netzwerke – koordiniert und durchgeführt. Beispiele sind der jährlich erscheinende „SDG-Report“, der Herausforderungen und Aufgaben bei der Umsetzung der SDG in, mit und durch Deutschland darstellt sowie die jährlich durchgeführte „Transformationskonferenz“. Die nächste Konferenz findet am 4. September 2017 zum Thema „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“ statt. Des Weiteren koordiniert VENRO zusammen mit dem Forum Umwelt und Entwicklung das „Netzwerk Agenda 2030“, in dem rund 20 zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke zusammenarbeiten, um die Umsetzung der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Verband der Chemischen Industrie – VCI

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie kann nur in Partnerschaft zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft umgesetzt werden (siehe anbei die VCI-Stellungnahme von Juli 2016). Mit Chemie³ – der gemeinsam vom Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) getragenen Nachhaltigkeitsinitiative – hat die deutsche Chemie ein starkes Zeichen nach innen und außen gesetzt: Für uns hat nachhaltige Entwicklung strategischen und branchenweiten Stellenwert.: Nachhaltiges Wirtschaften ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Deshalb ist Chemie³ Kern einer Zukunftsstrategie der Branche. Wichtig ist uns dabei: Entscheidungen und Handlungen müssen allen drei Dimensionen von Nachhaltigkeit gerecht werden. Die Unternehmen unserer Branche spielen als Innovationstreiber in der Wertschöpfungskette eine zentrale Rolle. Viele Unternehmen integrieren das Thema Nachhaltigkeit heute schon gezielt in ihre Innovationsprozesse. Die 2013 verabschiedeten Leitlinien von Chemie³ geben Orientierung, was wir als Branche tun müssen. Dabei helfen unserer Branche in Zukunft die insgesamt 40 Chemie³-Indikatoren, die wir im November 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt haben.

Mehr Informationen hierzu unter <https://www.chemiehoch3.de/de/home.html>

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. - vzbv

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein, in der die Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Wir messen den Sustainable Development Goals (SDG) eine große Bedeutung bei und werden die Verbraucherinteressen auf dem Weg hin zu einer sozial-ökologischen Transformation vertreten. Hierbei liegt ein Schwerpunkt in der Verbraucherinformation bei der Umsetzung der SDGs in den Verbraucheralltag. Dabei wird es auch Zielkonflikte geben, die nur gemeinsam mit Politik und Wirtschaft gelöst werden können. Das starke Netzwerk aus Landes-Verbraucherzentralen und unseren Mitgliedsorganisationen unterstützt uns dabei. Die SDGs ziehen sich durch unsere Verbandsarbeit: vom nachhaltigen Konsum über eine kostengerechte Energiewende, nachhaltige Verkehrspolitik, bezahlbare Gesundheitsversorgung bis hin zu einer starken Rechtsdurchsetzung. Der vzbv versteht seinen Beitrag zur Erreichung der SDGs auch als notwendigen Teil präventiven Verbraucherschutzes.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat 2014 im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in seinem Politikpapier „Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken“ einen Beitrag zur SDG-Debatte geliefert. Zentraler Vorschlag war, die SDGs an den planetaren Leitplanken, deren Einhaltung notwendig zur Erhaltung der weltweiten natürlichen Lebensgrundlagen ist, zu orientieren. Die SDGs sind ein wichtiger Bezugspunkt in allen nachfolgenden und laufenden WBGU-Gutachten.

Die Empfehlungen des WBGU beziehen sich vielfach auf die Umsetzung der SDGs, sowohl hinsichtlich ihrer Berücksichtigung in anderen internationalen Prozessen (z.B. Habitat III, G20) als auch in Bezug auf konkrete sektorale, nationale oder subnationale Politiken und Maßnahmen, die weltweit aufgegriffen werden könnten.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf globale Umwelt- und Entwicklungsthemen hat sich der WBGU bei der Kommentierung des Entwurfs der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf die internationalen Aspekte konzentriert.

WWF Deutschland

Der WWF hat sich von der Ideenphase vor der RIO+20-Konferenz bis zum erfolgreichen Finale auf dem UN-Gipfel 2015 in New York durchgehend für die SDGs eingesetzt. Koordiniert durch WWF International brachte sich das internationale WWF-Netzwerk jeweils mit einem Team intensiv vor Ort in die Verhandlungen zu den SDGs ein. Der WWF Deutschland war durch Herrn Alois Vedder maßgeblich beteiligt, in Rio wie auch im weiteren Verlauf in der internationalen WWF-Steuerungsgruppe. Hauptpunkte des WWF waren dabei die Universalität der Ziele, die Bedeutung einer intakten Umwelt für die langfristige Erreichung fast aller SDGs sowie deren Integration und Kohärenz. Eine Analyse der in den letzten Jahren erarbeiteten neuen internationalen WWF-Strategie zeigt eine hochgradige Übereinstimmung mit den direkten und indirekten umweltbezogenen Zielen der Agenda 2030. In vielen Ländern der Welt arbeitet der WWF mit den Regierungen

an der Umsetzung der SDGs und speist die dort gewonnenen Erfahrungen zurück in die Organisation.

Eine effektive, beispielgebende Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands ist aus Sicht des WWF von herausragender Bedeutung, im eigenen Land wie im Bereich der internationalen Umwelt- und Sozialverantwortung. Deshalb wollen wir auch weiterhin und verstärkt unseren Beitrag zur ständigen Verbesserung dieser Strategie leisten.